



Anfrage

Vorlage: AF/0037/2018		Datum: 11.04.2018			
Verfasser:	04-BIZ-Ratsfraktion			Az.:	
Betreff:					
Anfrage der BIZ-Ratsfraktion: Kommunalen Datenhandel					
Gremienweg:					
26.04.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
	TOP		Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	öffentlich				ohne BE abgesetzt geändert

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebund (DStGB) Gerd Landsberg hat den Kommunen empfohlen, mit ihren Daten ebenfalls Geld zu verdienen. Auch die Städte und Gemeinden müssten sich noch mehr klar machen, dass Daten das Öl des 21. Jahrhunderts seien und sich damit wichtige Einnahmen erzielen ließen. Die Kommunen würden über "wertvolle Datensätze" verfügen, die sie in anonymisierter Form nicht mehr nur kostenlos zur Verfügung stellen, sondern selbst zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger nutzen sollten, um die Lebenssituation in der Kommune zu verbessern. Er schlug ein "Konzessionsmodell" vor, wonach private Unternehmen mit den Daten der Kommunen arbeiten und dafür bezahlen könnten.

Die BIZ-Fraktion fragt an:

1. Betreibt die Stadt Koblenz bereits Datenhandel? Wenn ja, mit welchen Daten und welchen jährlichen Einnahmen?
2. Über welche „wertvollen Datensätze“ verfügt die Stadt Koblenz, die sie in anonymisierter Form kostenlos zur Verfügung stellt oder stellen könnte?
3. Wie steht die Stadt Koblenz zu dem vom DStGB-Hauptgeschäftsführer vorgeschlagenen „Konzessionsmodell“?